

Private Geschäfte mit Unfallopfern

Um die geforderten 500 Millionen zur **AUVA**-Rettung aufzubringen, wird nun überlegt, die sieben **Unfallkrankenhäuser** zu verkaufen



Niemand ist gerne im Krankenhaus. Doch wer die Pforte eines der heimischen **Unfallkrankenhäuser** (UKHs) passiert, kann sich zumindest sicher sein, dass er sich in den Händen der Besten ihres Fachs befindet. "Hier wird Unfallchirurgie auf höchstem Niveau praktiziert", sagt ein Allgemeinmediziner.

Tatsächlich gelten die sieben UKHs mit ihren 918 Betten als erste Anlaufstelle für Unfälle aller Art. Betrieben werden sie von der **Unfallversicherung AUVA**. Dieser von den Sozialpartnern

selbstverwaltete Träger wird aus Arbeitgeberbeiträgen gespeist und soll die Unternehmen von der finanziellen Last bei der Arbeit verunfallter Mitarbeiter befreien. Chef aus der FPÖ

Der Regierung erschließt sich die Notwendigkeit der **AUVA** aber nicht so ganz. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein spricht von einer "Zerschlagung" der Versicherung und verlangt Einsparungen von 500 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren. "100 Millionen Euro bekommen wir zusammen, mehr ist wirklich nicht drinnen", kontert ein Gewerkschafter.

Die ÖVP/FPÖ-Koalition lässt indes nicht locker. Sie hat der **AUVA**-Spitze bis Ende August Zeit für Vorschläge gegeben und gleichzeitig eine Privatisierung der UKHs vorgeschlagen, wie News exklusiv erfuhr. "Die Spitäler werden in GmbHs mit privater Beteiligung umgewandelt", erzählt ein ÖVP-Verhandler. "Das macht es der FPÖ leichter, dort einen freiheitlichen Geschäftsführer zu installieren." Schwerwiegender für die Allgemeinheit sei freilich, dass durch diese Maßnahme die Qualität der Behandlung sinken werde. "Wenn nur noch 20 von 160 Betten für Arbeitsunfälle zur Verfügung stehen und der Rest an zahlungskräftigere Patienten vergeben wird, werden wir schnell unsere Trauma-Expertise verlieren", sagt ein anderer Sozialpartner. Der gesamte Umbau

der **AUVA** werde allerdings "Jahre" benötigen. "Sicher ist nur, dass das Ganze ein Megachaos wird."

Wenn zusätzlich die Unfallprävention zu den Arbeitsinspektoraten wandere - wie es die Regierung plant -, werde das System **AUVA** der Vergangenheit angehören, ist ein weiterer Funktionär überzeugt. "In dem Fall sind wir tot."

[nach oben](#)